

Musikunterricht und kulturelle Bildung

Konzepte zur Wahl 2018



Am 14. Oktober 2018 finden in Bayern Landtagswahlen statt. Zu diesem Anlass hat der VBS wieder „Wahlprüfsteine“ an die Parteien versandt – verbunden mit der Bitte, zu den angegebenen Fragen Auskunft zu geben.ⁱ

1. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei dem Musikunterricht an allgemein bildenden Schulen zu?

CSU

Kulturelle Bildung im Allgemeinen und Musikunterricht im Speziellen nimmt in unserer Politik einen zentralen Stellenwert ein. Schon in den Lehrplänen der verschiedensten Fächer ist bei uns fest verankert: Alle Schülerinnen und Schüler sollen sich intensiv mit Musik, Kunst, Theater und Literatur auseinandersetzen. Denn der CSU ist bewusst: Begegnung mit Kunst und Kultur sind für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Schülers und einer jeden Schülerin von herausragender Bedeutung. Musik vermittelt Menschen von frühester Kindheit bis ins hohe Alter Möglichkeiten sinnerfüllter Lebensgestaltung. Inzwischen ist allgemein anerkannt, dass die Beschäftigung mit Musik auch zur Vermittlung von Selbstbewusstsein, Durchhaltevermögen, Fleiß, Leistungsbereitschaft, Kreativität, Toleranz, Verantwortungsbewusstsein und sozialer Kompetenz beiträgt.

SPD

Der Erwerb von Schlüsselkompetenzen durch kulturelle und speziell musikalische Bildung gewinnt angesichts wachsender Herausforderungen an Bedeutung: zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde Familien- und Kinderfreundlichkeit, Kinderarmut und eine hohe Abhängigkeit der Bildungsbeziehung vom sozialen Status des Elternhauses bestimmen unsere gesellschaftliche Realität. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Teilhabe ein entscheidender Grundsatz auch in der Kulturpolitik. Kunst und Kultur soll allen Menschen zugänglich sein. Kultur öffnet Welten. Welten voller Klänge und neuer Einsichten. Kinder und Jugendliche brauchen kreative Kompetenzen und Experimentierfelder, um starke Persönlichkeiten zu werden.

Freie Wähler

Laut Artikel 131 der Bayerischen Verfassung sollen „die Schulen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“ Der Musikunterricht und insbesondere das gemeinsame Singen und Musizieren haben nach Ansicht der FREIEN WÄHLER hierfür zentrale Bedeutung. So belegen auch einige Studien, dass Musikerziehung sowohl mentale als auch emotionale und soziale Kompetenzen von Heranwachsenden langfristig fördert. Bedingung für eine optimale Förderung ist jedoch, dass hierfür auch entsprechend ausgebildete Pädagogen zur Verfügung stehen.

Bündnis 90/Die Grünen

Der Musikunterricht im allgemeinen Fächerkanon nimmt aus unserer Sicht einen besonderen Stellenwert ein und ist unverzichtbar für eine moderne Allgemeinbildung. Der Musikunterricht ist ein wichtiges Fundament der musisch-kulturellen Bildung. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Kinder, die ein Instrument spielen, besser lernen können. Deshalb werden wir uns auch weiterhin im Bayerischen Landtag für die generelle Stärkung des Schulfaches Musik engagieren.

FDP

Kenntnisse über Musik und Musikerziehung zählen für uns zum klassischen Wissenskanon. Daher hat das Unterrichtsfach Musik für uns eine herausragende Bedeutung für das Heranreifen junger Persönlichkeiten.

2. Worauf soll schulischer Musikunterricht gemäß dem bildungspolitischen Programm Ihrer Partei abzielen?

CSU

Siehe Antwort zu Frage 1.

SPD

Dass Musik die Persönlichkeit bildet, dass Musik bei Heranwachsenden einen wichtigen Beitrag für den Erwerb zahlreicher anderer in andere Lebenssituationen übertragbarer Fähigkeiten leistet, ist heute unbestritten. Eine vielfältige Musiklandschaft aus Chören, Orchestern, Musiktheatern, eine hoch entwickelte Kirchen- und Laienmusik charakterisieren Deutschland als ein Kulturland, in dem die Musik ein bedeutender kultureller und wirtschaftlicher Bestandteil ist. Damit dies alles so bleiben und sich weiter entwickeln kann, bedarf es einer grundlegenden und fachkompetent vermittelten, soliden musikalischen Bildung vom Kindergarten bis zum Ende der Schulzeit, die die Länder gemeinsam für alle Kinder und Jugendliche bereitstellen müssen.

Der Musikunterricht in der allgemein bildenden Schule richtet sich an alle Schülerinnen und Schüler. Er zielt – unabhängig von sozialen Kontexten, von Bildungsstand und finanziellen Ressourcen der Eltern – auf musikalische Bildung für alle. Dies bedeutet auch, Schülerinnen und Schüler in ihren eigenen kulturellen Ausprägungen ernst zu nehmen und Menschen mit besonderem Förderbedarf auch in inklusiven Lerngruppen in der Ausbildung musikbezogener Kompetenzen zu unterstützen.

Die musikalische Bildung muss in den Lehrplänen gleichberechtigt sein. Bayerns Schulen brauchen ein erweitertes Bildungsverständnis: Musikalische Bildung ist Persönlichkeitsbildung, trägt zum sozialen Lernen bei, fördert Kreativität und Phantasie.

Freie Wähler

Der Musikunterricht soll insbesondere im Primarbereich die Freude und das Interesse an Musik und am aktiven Singen und Musizieren fördern. Zugleich leistet er einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung der Kinder und Jugendlichen, indem er überfachliche und soziale Kompetenzen wie Kreativität, Konzentrations- sowie Motivations-, Kommunikations- und Teamfähigkeit fördert. Viel besser als der rein kognitive Fachunterricht kann er dazu beitragen, auch im Rahmen des Schullebens Phasen der Entspannung, Meditation oder Unterhaltung zu implementieren.

Zugleich knüpft er unmittelbar an die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler an, die in hohem Maß durch medial vermittelte Musik geprägt ist. Der Musikunterricht hat deshalb die Aufgabe, an die unterschiedlichen Erfahrungen anzuknüpfen und die musikalischen Fähigkeiten und individuellen Begabungen der Heranwachsenden zu entwickeln. Die Schülerinnen und Schüler, die oftmals über überwiegend passiv-rezeptive Musikerfahrungen verfügen, werden so zu einem aktiven Musikmachen, Musikverstehen und Musikgenießen, zu einem offenen und aktiven Umgang mit Musik sowie zu einem kritischen Umgang mit Musikmedien hingeführt. Hierdurch birgt gerade auch der Musikunterricht enorme Potenziale für die digitale Bildung und Medienerziehung.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen eine Schule, in der die Kinder und Jugendlichen sich zu starken Persönlichkeiten mit guter Urteilsfähigkeit entwickeln, damit sie Verantwortung für sich, für die Gesellschaft und unsere Umwelt übernehmen können. Wir wollen neue Akzente in den Schulen setzen – für den Aufbruch in die digitale Welt, für eine starke demokratische, politische und kulturelle Bildung und für ein Bewertungssystem, das die individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler im Blick hat. Der Musikunterricht ist ein wertvoller und wesentlicher Teil für die Persönlichkeitsbildung, er stärkt soziale Kompetenzen und Teamfähigkeit - etwa durch gemeinsames Musizieren - und fördert die Kreativität.

FDP

Hier ist uns eine Vermittlung aus Theorie und Praxis wichtig. Wichtig ist, in den Schülern die Begeisterung für Musik, fürs Singen und Musizieren zu wecken. Dabei darf sich der Unterricht nicht auf Klassik alleine beschränken, sondern muss vielmehr die gesamte Bandbreite bis zur aktuellen Populärmusik abdecken.

3. Welche konkreten Maßnahmen würde Ihre Partei im Falle einer Regierungsverantwortung in Gang setzen, um die Realisierung dieser Ziele zu ermöglichen?

CSU

Wir sprechen der musikalischen Ausbildung nicht nur einen hohen Stellenwert zu, sondern wir wissen auch, dass es einen enormen Einsatz braucht, dieses Ziel zu erreichen. Im Grund- und Mittelschulbereich konnten wir bereits Fortschritte erzielen, Projekte umsetzen und somit die Situation verbessern. Im Rahmen der Ganztagschulen bieten sich hier ebenfalls vielfältige Möglichkeiten. In diese Richtung werden wir weiterarbeiten. Im Folgenden stellen wir das Projekt „Musikalische Grundschule“ und das Projekt „klasse.im.puls“ vor. Die Projekte richten sich sowohl an die Schülerinnen und Schüler als auch an das Lehrpersonal:

Das Projekt „Musikalische Grundschule“ bindet Musik ganz selbstverständlich in den Schulalltag ein. Möglichst viele Lehrkräfte werden an einer Schule animiert, eine musikalische Basisqualifikation zu erwerben. Das führt zu deutlich höheren Aktivitäten im musikalischen Bereich und die Schule definiert sich im Idealfall über Musik. Im Unterschied zu Konzepten, die vor allem auf die Verstärkung des Fachs Musik ausgerichtet sind, zielt die „Musikalische Grundschule“ darauf, dass Musik in den Unterricht aller Fächer und in den gesamten Schulalltag hineinwirkt. Es geht also um einen längerfristigen Schulentwicklungsprozess, der vom ganzen Kollegium und der Elternschaft mitgetragen und beeinflusst wird. Zugleich gelingt mit der „Musikalischen Grundschule“ Bayern die Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund besonders gut. Ziel ist es, dass Schülerinnen und Schüler mehr Musik in mehr Fächern, von mehr Kolleginnen und Kollegen, zu mehr Gelegenheiten erleben. Begleitend dazu finden entsprechende Fortbildungen für Lehrkräfte ohne musikalische Ausbildung statt: Z.B. die Zusatzqualifizierung „Musikalische Basiskompetenzen“ für Lehrkräfte ohne musikalische Ausbildung an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Mit dem Projekt „klasse.im.puls“ unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus werden bayernweit Musikklassen an Mittel- und Realschulen unterstützt. Es ist bundesweit das erste Projekt, das in enger Kooperation von Universität und Staatsministerium das aktive Musizieren in den Mittelpunkt des Musikunterrichts der Sekundarstufe I stellt. Im regulären Musikunterricht erlernen die Schülerinnen und Schüler ein Instrument und fügen sich von Anfang an in ein Orchester, eine Big- oder Rockband ein, musizieren an Percussion-, Zupf- oder Streichinstrumenten oder singen im Chor. In einer zusätzlichen dritten Musikstunde wird zur Differenzierung Instrumentalunterricht in den Stimmgruppen durch Instrumentallehrkräfte oder Studierende erteilt. Jährliche schulübergreifende musikalische Veranstaltungen runden das Konzept ab. Seit September 2009 werden eine oder mehrere 5. Klassen an rund 200 Mittel- und Realschulen in ganz Bayern als aktiv musizierende Musikklasse geführt. Alle Schulen werden von dem klasse.im.puls-Team begleitet und evaluiert und erhalten eine finanzielle Unterstützung von 4.000 € für die Anschaffung von Instrumenten. So können die Förderung des Musizierens bzw. Projekte, die der Grundschule begonnen wurden, an den weiterführenden Schulen fortgesetzt werden.

SPD

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die musisch-künstlerische Bildung in der Schule curricular und personell stärker verankert wird. Der schleichende Abbau oder die abnehmende Verlässlichkeit des Musik- und Kunstunterrichts an vielen Schulen muss beendet werden, der hohe Anteil von Honorarkräften für den musisch-künstlerischen Regelunterricht muss wieder reduziert werden bzw. es bedarf hier einer angemessenen Vergütung der Lehrkräfte, die auch die Vor- und Nachbereitungszeit des Unterrichts berücksichtigt. Wir werden das musische Angebot in allen Schularten ausbauen.

Freie Wähler

Ein großes Problem sehen wir in der durchaus unterschiedlichen personellen, räumlichen, medialen und finanziellen Ausstattung der Schulen. Während einige Schulen relativ gut ausgestattet sind und das Fach dementsprechend kontinuierlich und ohne größeren Entfall unterrichtet werden kann, gibt es vielerorts auch eine enorme Mangelversorgung: So hört man immer wieder von Schulen, an denen

Musikunterricht fachfremd, lückenhaft oder gar nicht erteilt wird, in denen weder ein Musikraum noch Instrumente zur Verfügung stehen. Eine flächendeckend gute Ausstattung der Schulen ist für uns die Grundvoraussetzung, damit qualitativ hochwertige Musikpädagogik stattfinden kann.

Des Weiteren gilt es, an allen Schularten qualifiziertes pädagogisches Personal für den Musikunterricht einzusetzen. So sollte jede Lehrkraft, die Musikunterricht abhält, mindestens über grundlegende im Rahmen des Studiums erworbene musikalische und musikdidaktische Fachkompetenzen verfügen. Nur so kann der Musikunterricht zur musikalischen, aber auch zur Persönlichkeitsbildung der Heranwachsenden beitragen.

Bündnis 90/Die Grünen

Um unsere Ziele zu erreichen, investieren wir in unsere Schulen – für mehr Lehrkräfte, für kleinere Klassen, für mehr Schulsozialarbeit, mehr Schulpsycholog*innen, eine echte Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe und selbstverständlich in die Instandhaltung und Modernisierung der Schulgebäude. Es braucht gute Voraussetzungen, um guten, lebendigen und interessanten Musikunterricht zu machen. Die Bedeutung des Musikunterrichtes muss sich auch in den Ressourcen widerspiegeln.

FDP

Es geht grundsätzlich darum, dass wir weltbeste Bildung als staatliches Ziel begreifen und den Schulen die notwendige Autonomie einräumen, um vor Ort die besten Lösungen zu finden. Im Zuge dieser Schwerpunktsetzung sind wir sicher, dass der schulische Musikunterricht wichtiger Bestandteil im Bildungskanon bleibt. Ebenfalls erwarten wir durch die höhere Schulautonomie eine bessere Projektgestaltung an Schulen. Es sollte selbstverständlich sein, dass jedes Kind die Chance hat ein Musikinstrument zu erlernen.

4. Über 75% der bayerischen Mittelschullehrkräfte verfügen über keinerlei musikalische Ausbildung, obwohl sie das Fach unterrichten müssen. An einem Großteil der bayerischen Mittelschulen gibt es weder eine einzige Lehrkraft, die im Fach Musik ausgebildet ist, noch eine angemessene Ausstattung mit Fachräumen, Instrumenten und Materialien. Kindern und Jugendlichen, die häufig ohnehin schon sozial benachteiligt sind, bleibt dadurch ein wichtiger Bereich kultureller Teilhabe verwehrt. Auch an vielen Grundschulen fehlt es nach wie vor an gut qualifizierten Lehrkräften und fachlicher Ausstattung. Was würde Ihre Partei im Falle einer Regierungsverantwortung tun, um dieser hoch problematischen Situation im „Kulturstaat Bayern“ abzuhelpen?

CSU

Siehe Antwort zu Frage 3.

SPD

Wir brauchen in allen Bildungsbereichen eine herausragende Qualität. Das bedeutet natürlich auch, dass wir in allen Schularten sehr gut ausgebildete Lehrkräfte in den kulturellen Fächern brauchen. Dafür müssen wir eine Bestandsaufnahme machen und dann handeln – in der Ausbildung der neuen Lehrkräfte und in der Fort- und Weiterbildung der erfahrenen Lehrkräfte. Vor allem aber brauchen wir ausreichend Lehrkräfte für Pflicht- und Wahlunterricht. Es mangelt den Grund- und Mittelschulen ja überhaupt an ausreichend gut ausgebildetem Personal. Das müssen wir als erstes angehen.

Freie Wähler

Ebenso wie in den Fachbereichen Sport und Kunsterziehung sehen wir es als durchaus gefährlich und hinderlich an, wenn Musikunterricht vonseiten der Staatsregierung häufig auch in der öffentlichen Diskussion als Randfach dargestellt wird, das auch durch nicht hierfür grundständig ausgebildetes Fachpersonal unterrichtet werden könne.

Nach Ansicht der FREIEN WÄHLER muss eine qualitätsvolle Musiklehreraus-, aber auch -fortbildung für alle Schularten sichergestellt werden. Gerade Fächer wie Musik spielen in der heutigen Zeit eine ganz wesentliche Rolle in der Werte- und Persönlichkeitserziehung der jungen Menschen, indem sie auch auf Bildungsziele wie Mündigkeit, zunehmende Selbstbestimmung und gesellschaftliches Verantwortungsgefühl abzielen. Dies gelingt allerdings nur, wenn an unseren Schulen die notwendigen Voraussetzungen für einen qualitativ hochwertigen Musikunterricht geschaffen werden.

Für uns ist auch klar, dass der Wert musikalischer Bildung im öffentlichen und politischen Diskurs wieder deutlicher gemacht werden muss. Gleichzeitig darf es jedoch nicht bei Worten bleiben, sondern es müssen entsprechende Maßnahmen folgen. Für uns FREIE WÄHLER heißt das: die Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, die Verbesserung der Versorgung der Schulen mit Musiklehrkräften, eine gute Ausstattung der Schulen mit Musikräumen und Musikinstrumenten sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Musiklehrkräften, beispielsweise auch durch mehr Anrechnungsstunden für die Leitung von schulischen Musikgruppen, die mit ihrer Arbeit ganz wesentlich zur kulturellen Prägung des gesamten Schullebens beitragen

Bündnis 90/Die Grünen

Wir betrachten mit Sorge, dass es zu wenige ausgebildete Musiklehrkräfte gibt und der Unterricht häufig ausfällt. Außerdem mangelt es den Schulen oft an den räumlichen Voraussetzungen und einer guten Ausstattung des Musikunterrichts. Hier wollen wir die richtigen politischen Rahmenbedingungen setzen. Gleichwohl müssen wir für den Lehrerberuf werben – wer Musik unterrichtet, bekommt einen sicheren Arbeitsplatz, aber auch gute Arbeitsbedingungen und einen attraktiven Job.

FDP

Im Zuge einer besseren finanziellen Ausstattung, aber auch der Modularisierung in der Lehrerausbildung soll hier die Möglichkeit geschaffen werden, mehr Musiklehrer, auch im Nebenfach, auszubilden. Der Zugang zu Kunst, Kultur und Musik darf keine Frage der Herkunft der Kinder sein, sondern muss jedem Kind im Zuge des Grundsatzes der weltbesten Bildung offenstehen.

5. Mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums in Bayern ist es an den Schulen zu erheblichen inhaltlichen und zeitlichen Verdichtungen gekommen. Viele Schülerinnen und Schülern können nicht mehr an Schulchor, Schulorchester, Bigband oder anderen Ensembles teilnehmen. Infolgedessen verschwanden in den letzten Jahren zahlreiche schulische Musikgruppen, viele noch bestehende Ensembles sind in ihrem Bestand bedroht. Das schulische Musikleben leidet, zudem bleibt insbesondere Schülerinnen und Schülern aus einem weniger privilegierten sozialen Umfeld der Zugang zu wichtigen musikalischen Förderangeboten verschlossen. Was wird Ihre Partei im Kontext der Wiedereinführung des G9 unternehmen, um schulisches Musikleben wieder an jedem Gymnasium zu ermöglichen?

CSU

Die Musik muss an allgemeinbildenden Schulen den ihr angemessenen Raum haben. Mit der Umstellung auf das neue bayerische Gymnasium führen wir die grundständige neunjährige Lernzeit am bayerischen Gymnasium wieder ein. Das bedeutet ca. 19 Wochenstunden zusätzlicher Pflichtunterricht gegenüber G8, aber zugleich Reduzierung des Nachmittagsunterrichts in der Unter- und Mittelstufe. Der Musikunterricht wie auch Kunst sind dabei in den Jahrgangsstufen 5 mit 10 mit 2 bzw. 1 Pflicht-Wochenstunden durchgängig angesetzt und können darüber hinaus von den Schülern auch in der 11. Jahrgangsstufe als Doppelstunde gewählt werden. Somit ermöglichen wir bereits durch den Pflichtunterricht allen Kindern den Zugang zur musikalischen Bildung. Des Weiteren eröffnet die Einführung einer grundständig neunjährigen Lernzeit zusätzliche konzeptionelle Möglichkeiten, wie z.B. ein großes und vielfältiges Angebot an Wahlunterricht zur individuellen Ergänzung des Pflichtunterrichts sowie freie Nachmittage für außerschulische musikalische Betätigungen.

Von zentraler Bedeutung sind dabei die Angebote musikalischer Bildung und Betätigung in der gebundenen und nicht gebundenen Ganztagschule. Die Zeit, die unsere Kinder in den Schulen länger verbringen als früher, wollen wir nutzen, um ihnen nachmittags ein breites kulturelles Angebot bereitzustellen. Dies gelingt schon heute vielerorts mit externen Kooperationspartnern, Vereinen und Musikschulen. Offene Ganztagschulen, die sich großer und zunehmender Beliebtheit erfreuen, realisieren ihre Angebote überwiegend mit Verbänden, Vereinen, freien Trägern der Jugendhilfe oder den Kommunen als Kooperationspartnern. In der gebundenen Ganztagschule werden – neben externen Kräften, etwa für die Betreuung der Mittagszeit oder für Projekte – überwiegend Lehrkräfte eingesetzt. Je nach Ganztagskonzeption können das sportlich, musisch oder künstlerisch orientierte Angebote sein. Z.B. erhalten die Realschulen ein schülerzahlbezogenes Budget an Lehrerwochenstunden zur eigenverantwortlichen Verwendung. Neben der Abdeckung des Pflichtunterrichts ist es der Schulleitung mit diesem Budget möglich, auch Zusatzangebote zur gezielten Förderung der Schüler oder Wahlunterricht einzurichten. Im Sinne des Budgetgedankens hat die jeweilige Schulleitung Spielraum, um den spezifischen Gegebenheiten vor Ort Rechnung zu tragen.

Dafür stellen wir auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung: Im Schuljahr 2017/2018 sind das z.B. für jede genehmigte Gruppe (inklusive des kommunalen Mitfinanzierungsanteils von künftig jeweils 5.500 Euro) folgende Fördermittel: Mittelschulen: 29.200 €, Realschulen, Wirtschaftsschulen und Gymnasien: 25.350 €, Förderschulen (Mittelschulstufe): 33.100 €

SPD

Mit der Stundentafel des G9 ist der Schultag mit dem Pflichtstundenprogramm mittags zu Ende. Der ganze Nachmittag ist wieder frei. Hier gilt es jetzt ein gutes Ganztagskonzept für jede einzelne Schule zu entwickeln, das für Bildung außerhalb des Pflichtunterrichts Zeit und Räume verschafft.

Freie Wähler

Die Ausstattung der Schulen mit Musik- und Proberäumen sowie einem ausreichenden Inventar an Musikinstrumenten ist Grundvoraussetzung, schulisches Musikleben wieder an jedem Gymnasium zu ermöglichen. Gleichzeitig muss eine ausreichende Versorgung der Schulen mit ausgebildeten Musiklehrkräften sichergestellt werden. Diese müssen über ihre Unterrichtszeit hinaus auch ausreichend Zeit für außerunterrichtliche Projekte und schulische Musikgruppen, wie Schulorchester, Bigbands, Percussiongruppen oder Schulchöre, erhalten. Zugleich müssen anerkannte Schülerwettbewerbe wie „Jugend musiziert“ stärker gefördert werden und durch gezielte Werbe- und Fördermaßnahmen sowie beispielsweise auch mithilfe von Rundbriefen stärker ins Bewusstsein der gesamten Schulfamilie gerückt werden. Nur unter diesen Bedingungen wird sich eine musikalische Schulkultur, die am achtjährigen Gymnasium durch den erheblichen Zeitdruck für viele Schülerinnen und Schüler gefährdet war, im neunjährigen Gymnasium schnell wiederbeleben und aufbauen lassen.

Bündnis 90/Die Grünen

Eine entscheidende Voraussetzung für kulturelle Teilhabe ist kulturelle Bildung. Wir stehen deshalb für eine Stärkung entsprechender Angebote und kontinuierliche Kooperationen zwischen Schulen, Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden.

Unser Vorschlag für ein „G9neu“ folgte dem Grundsatz „Zeit für Substanz“. Ein bloßes Jahr mehr bringt das Gymnasium nicht voran. Es muss inhaltlich und pädagogisch vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Schülerinnen brauchen mehr Zeit für Vertiefung und Reflexion, aber auch zeitgemäße Inhalte wie digitale Bildung und politische Bildung. An diesem Grundsatz halten wir fest. Besonderes Augenmerk liegt auf der Ausgestaltung der künftigen Oberstufe. Die SchülerInnen sollen weiterhin die Möglichkeit haben, ihre vokalen oder instrumentalen Fähigkeiten ins Abitur einzubringen.

Unser Konzept für ein G9 mit anderen Unterrichtsmethoden verabschiedet sich vom Lernen im 45-Minuten-Takt. Stattdessen sollen sich die Lerneinheiten am Thema orientieren und nicht umgekehrt. Im Falle des Musikunterrichts bedeutet dies, dass sich die Unterrichtszeit nach der pädagogischen Planung der SchulmusikerInnen richtet.

FDP

Im Zuge einer erhöhten Schulautonomie erhoffen wir uns, dass auch die musikalische Bildung weiterhin ein Qualitätsmerkmal für Schulen ist und bleibt. Daher sind wir hier zuversichtlich, dass man im Zuge der Wiedereinführung von G9 und durch gezielte Projektsteuerung vor Ort aktuell vorhandene Defizite schließen kann. Musische Erziehung sollte jedoch schon im Kindergarten beginnen. Modelle wie die „Singoma“ können hier helfen familiäre Defizite auszugleichen.

6. Im Zuge des Ausbaus schulischer Ganztagsangebote eröffnen sich neue Möglichkeiten kultureller Bildung und Teilhabe an Bayerns Schulen. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei in diesem Kontext dem schulischen Musikunterricht und den Musiklehrkräften bei? Welche Ressourcen sind vorgesehen, um den entsprechenden Bildungsauftrag erfüllen zu können?

CSU

Siehe Antwort zu Frage 5.

SPD

Wir brauchen für einen qualitativ hochwertigen Ganztags viel mehr finanzielle und personelle Mittel als bisher. Das betrifft nicht nur den Musikunterricht, sondern alle Bildungsangebote. Für jedes Bildungsangebot brauchen wir gute Lehr- und Lernmittel und gute Lehrkräfte, die optimale Arbeitsbedingungen haben. Mit dieser Haltung gehen wir an den Ganztags heran.

Freie Wähler

Sport, Musik und Kunst sind im Zusatzangebot der Ganztagsbetreuung an Schulen unverzichtbar. Sie ergänzen das im Unterrichtsalltag oftmals stark auf kognitive Fähigkeiten fokussierte Bildungsangebot und leisten damit einen wertvollen Beitrag zur ganzheitlichen Bildung von Schülerinnen und Schülern. Ganztagschulen unterstützen zudem die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern über den Unterrichtsstoff im engeren Sinne hinaus und tragen damit auch zu mehr Chancengerechtigkeit bei: Dies gilt insbesondere auch für musikalische Bildungsangebote, die außerhalb der Schule für sozial schwächer gestellte Familien häufig kaum zu finanzieren sind. Dabei kann insbesondere der Einbezug außerschulischer Partner das Bildungsangebot der Ganztagschulen bereichern. Hierzu notwendig ist fachlich und didaktisch geschultes Personal, das im Rahmen des Ganztags ein qualitativ hochwertiges Musikangebot gewährleisten kann. Dies ist aber von den Trägern der Ganztagsangebote nur durch eine ausreichende Bezuschussung vonseiten des Freistaats zu leisten. Eine solche Bezuschussung muss sich endlich auch an der Lohnentwicklung orientieren. Nur so lässt sich auch auf längere Sicht sicherstellen, dass qualifizierte Kräfte im Rahmen des Ganztags kontinuierlich tätig sind.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Freiräume an den von uns geforderten Ganztagsangeboten bieten ausreichend Platz für einen durchgängigen Musikunterricht für alle. Für besseres Lernen, mehr Chancengerechtigkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen wir Geld in die Hand nehmen für Baumaßnahmen und zusätzliches Personal

FDP

Wir fordern den flächendeckenden Ausbau des Ganztagesangebotes für alle Schularten. Durch rhythmischen Unterricht und der Abwechslung von Kernfächern mit Fächern wie Musik und Sport ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für die Musikerziehung und Musikausbildung. Dabei sollten an jeder Schulart ausreichend Musiklehrkräfte eingesetzt werden können, die entsprechenden Haushaltsansätze sind dementsprechend zu erhöhen.

7. Musiklehrerinnen und -lehrer an bayerischen Gymnasien und Realschulen werden als „Lehrkräfte zweiter Klasse“ behandelt: Ihr Unterrichtsdeputat liegt um 17% über der Stundenzahl, die ihre Kolleginnen und Kollegen in so genannten „wissenschaftlichen“ Unterrichtsfächern oder Musiklehrkräfte in anderen Bundesländern zu halten haben. Was wird Ihre Partei tun, um diese Ungerechtigkeit zu beheben?

CSU

Die Unterrichtspflichtzeit (UPZ) für Lehrkräfte am Gymnasium mit sogenannten wissenschaftlichen Fächern liegt derzeit – nach der stufenweisen Rückführung der regelmäßigen Arbeitszeit von 42 Wochenstunden auf 40 Wochenstunden bis zum 1. August 2013 – bei 23 Unterrichtsstunden, bei Lehrern in Kunsterziehung, Musik und Sport bei 27 Unterrichtsstunden. Dies ist aber keinesfalls als Ungleichbehandlung der Lehrkräfte zu verstehen: Die regelmäßige Arbeitszeit liegt – unabhängig von der UPZ – bei 40 Wochenstunden. Lehrkräfte in Musik sind also keinesfalls „Lehrkräfte zweiter Klasse“. Vielmehr begründet sich die unterschiedliche UPZ im unterschiedlichen Vor- und Nachbereitungsaufwand. In sogenannten wissenschaftlichen Fächern dürfte v.a. der Korrekturaufwand regelmäßig deutlich höher sein als in Sport, Musik und Kunst. Deswegen ist bei Musiklehrkräften rund die Hälfte (19,75) des Zeitstundenbudgets für Arbeiten jenseits des Unterrichtens reserviert, während es bei den Lehrkräften mit wissenschaftlichen Fächern gut die Hälfte (22,75) ist. Daran wollen wir festhalten.

SPD

Für uns gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass diese Ungerechtigkeit ein Ende findet.

Freie Wähler

Mit 27 Unterrichtspflichtstunden am Gymnasium – ausgenommen das musische Gymnasium – und 28 Unterrichtspflichtstunden an der Realschule für Musiklehrkräfte liegt Bayern im Vergleich mit anderen Bundesländern deutlich im oberen Feld. Gleichzeitig erfolgt in Bayern eine Differenzierung der Unterrichtsverpflichtung nach wissenschaftlichen Fächern einerseits sowie nach Sport, musischen beziehungsweise praktischen Fächern andererseits. In anderen Bundesländern wird die Unterrichtspflichtzeit dagegen nicht von einem fachspezifischen Unterrichtseinsatz abhängig gemacht. Das macht aus Sicht der FREIEN WÄHLER deutlich, dass man die derzeitige Praxis in Bayern durchaus überdenken sollte. Denn auch im Fach Musik sind teils umfangreiche schriftliche und praktische Prüfungen abzulegen. So steht beispielsweise im Wahlpflichtfach Musik an der Realschule nach gültigem Lehrplan die musiktheoretische Inhaltsvermittlung im Vordergrund, die es auch durch schriftliche Schulaufgaben abzufragen gilt. Dies entkräftet das häufig vorgebrachte Argument, die vorwiegende Vermittlung von praktischen Fertigkeiten im Musikunterricht erfordere weniger Vorbereitung und Korrekturaufwand als die eines fachtheoretischen Unterrichtsfaches. Grundsätzlich gilt, die in einem Wochenstundenmaß bemessene Unterrichtspflichtzeit der Lehrer wird unter pauschalierender Betrachtung festgesetzt. Der Unterricht soll dabei einschließlich der Vor- und Nachbereitungszeiten der gesetzlichen Regelarbeitszeit entsprechen und entspricht beamtenrechtlichen Vorgaben. Es bleibt jedoch aus unserer Sicht fraglich, ob eine pauschalierende Betrachtung den Anforderungen an einen zeitgemäßen und pädagogisch hochwertigen Musikunterricht gerecht werden kann. Gleichzeitig ergeben sich hier Ungerechtigkeiten, wenn man bedenkt, dass Musik an einem nichtmusischen Gymnasium durchgängig eine höhere Lehrverpflichtung nach sich zieht, wohingegen Musik an einem Musischen Gymnasium bereits in der Unter- und Mittelstufe als wissenschaftliches Fach gewertet wird. Wir FREIE WÄHLER möchten uns daher dafür einsetzen, die Benachteiligungen durch die aktuelle Bemessung der Unterrichtspflichtzeit insbesondere auch im musischen Bereich zeitnah abzubauen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die pauschalierende Betrachtung unter Berücksichtigung der realen Gegebenheiten einer zeitgemäßen und pädagogisch hochwertigen Unterrichtsvor- und -nachbereitung wissenschaftlich fundiert weiterentwickelt wird.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir Landtagsgrünen gehen von der grundsätzlichen Gleichwertigkeit der Arbeit von LehrerInnen in allen Schularten und Fächern aus, ohne dabei unterschiedlichen Belastungen zu vernachlässigen. Wir wollen eine Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrer anstoßen.

FDP

Als Freie Demokraten wollen wir eine grundsätzliche Reform des Lehrerberufs. Es müssen mehr Anreize, bessere Aufstiegsmöglichkeiten und Strukturen geschaffen werden. So halten wir die Verbeamtung nicht unbedingt für notwendig und ggf. als hinderlich, wenn es darum geht die Qualität in unseren Schulen zu sichern und zu verbessern. Ebenso sollte die universitäre Ausbildung modularisiert werden um eine größere Durchlässigkeit, aber auch Flexibilität zu ermöglichen. Im Zuge dieser Umstellungen müssen natürlich auch die Unterrichtsdeputate auf den Prüfstand um Ungerechtigkeiten hinsichtlich des Deputats abgeschafft werden.

8. Die Ausbildungssituation angehender Musiklehrkräfte an bayerischen Universitäten ist im musikpraktischen Bereich aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen noch immer unbefriedigend. In den vergangenen vier Jahren konnten mit Hilfe des Bayerischen Musikrats zwar erste Verbesserungen erreicht werden, die Mittel reichen aber vielerorts noch immer nicht aus, um eine angemessene Ausbildung sicherzustellen. Zudem wird ein Großteil des Unterrichts durch Lehrbeauftragte erteilt, die dieser Tätigkeit unter höchst prekären wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen nachgehen. Welche Mittel wird Ihre Partei bereitstellen, um dieses seit langem bestehende strukturelle Problem endlich und nachhaltig zu lösen?

CSU

Der aktuellen Situation ist sich die CSU bewusst, deshalb haben wir bereits Verbesserungen auf den Weg gebracht. Auch in der kommenden Wahlperiode werden wir kontinuierlich daran arbeiten, dass die Ausbildung der Musiklehrerinnen und -lehrer an den lehrerbildenden Universitäten in Bayern qualitativ weiter verbessert wird. Dank unseres Einsatzes wurden die Haushaltsmittel dafür deutlich erhöht. Zum Zweck der Qualitätsverbesserung hält eine Berichterstattung fest, wie die erhöhten Haushaltsmittel an den sieben betroffenen Landesuniversitäten und an der KU Eichstätt genau verwendet werden. Inzwischen konnte nicht nur den Studierenden vielerorts ein breiteres musikpraktisches Angebot eröffnet werden, auch die Vergütungen der Lehrbeauftragten sind teilweise deutlich erhöht worden. Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass mittelfristig ein größerer Anteil der Lehre mit festangestellten Kräften bestritten werden kann. In Zahlen gesprochen ist festzuhalten, dass nach einem ersten Mittelaufwuchs von insgesamt 200.000 € im Studienjahr 2016/17 ein weiterer Aufwuchs von 100.000 € ab dem Studienjahr 2017/2018 auf insgesamt 300.000 € pro Studienjahr ermöglicht wurde. Diese Mittel stehen auch im Studienjahr 2018/19 in dieser Höhe zur Verfügung.

SPD

Lehrbeauftragte im Bereich der Musikhochschulen decken inzwischen bis zu 80 Prozent des Lehrangebots für eine minimale Bezahlung ab. Sie leisten in der Lehre zwar die gleiche Arbeit wie fest angestellte Lehrende und tragen die gleiche Verantwortung für die Studierenden, erhalten aber nur einen Bruchteil des Einkommens ihrer fest angestellten Kolleginnen und Kollegen. Die Lehrbeauftragten sind sozial und arbeitsrechtlich größtenteils nicht abgesichert, bekommen kein Geld im Krankheitsfall, haben keinen Kündigungsschutz, keinen Mutterschutz und keine Unfallversicherung. Die Stundensätze unterliegen keiner regelmäßigen Anpassung. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich mehrfach dafür eingesetzt, dass die Staatsregierung eine Umwandlung von Lehraufträgen in Teilzeitstellen umsetzt und ist immer an der CSU-Mehrheit im Landtag gescheitert. Die BayernSPD steht für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von wissenschaftlichem Personal an den Hochschulen.

Eine entscheidende Ursache für die ungerechte Bezahlung liegt in der mangelnden finanziellen Ausstattung der bayerischen Hochschulen. Ohne die nötigen Mittel können die Hochschulleitungen ihre Lehrbeauftragten weder vernünftig bezahlen noch ihre Stellen in Teilzeitstellen umwandeln.

Wir werden die Planbarkeit der Hochschulfinanzen erhöhen, indem wir die verlässliche Grundfinanzierung stärken werden. Damit wollen wir die Qualität an den Hochschulen langfristig sichern und eine faire Bezahlung ermöglichen

Freie Wähler

Es ist uns FREIEN WÄHLERN ein wesentliches Anliegen, die Qualitätsentwicklung der Musiklehrer-ausbildung an den bayerischen Universitäten weiter voranzutreiben. Immer wieder setzen wir uns daher in den Haushaltsberatungen mit entsprechenden Anträgen für die Erhöhung der Ausgaben für Zwecke der Lehre im Fachbereich Musik an bayerischen Hochschulen ein. Gleichzeitig möchten wir die Situation der Lehrbeauftragten endlich verbessern. Denn sie sind es, die an zahlreichen Hochschulen Lehrbeauftragte einen erheblichen Teil der Lehre erbringen. So wird insbesondere im Fachbereich Musik bzw. an einzelnen Musikhochschulen das Lehrangebot zu einem erheblichen Teil von Lehrbeauftragten gestemmt. Die von den Lehrbeauftragten geleistete Lehre umfasst nicht nur den Unterricht von Instrumental- und Spezialfächern, sondern auch Pflichtveranstaltungen. Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, hier zeitnah eine Verbesserung anzustreben. Dazu zählt für uns neben der Erhöhung der entsprechenden Mittel im Haushalt auch die Einrichtung eines Sozialfonds für langjährige Lehrbeauftragte sowie eine Erhöhung der Höchstbeträge in den Lehrauftrags- und Lehrvergütungsvorschriften, um die Vergütung von Lehrbeauftragten deutlich verbessern zu können. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass zahlreiche Lehrbeauftragte an Musikhochschulen ihren Lebensunterhalt allein durch diese Lehrtätigkeit bestreiten und häufig ihr Leben lang an ein und derselben Hochschule tätig sind. Vor diesem Hintergrund ist grundsätzlich zu überdenken, wie man gerade diesen Bereich besser mit festen Stellen ausstatten kann.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir wollen die Grundfinanzierung aufstocken, um die prekären Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden, die Situation der Lehrbeauftragten verbessern, zusätzliche Masterplätze schaffen sowie eine bessere Betreuung der Studierenden erreichen. Der größte Anteil an Pflichtveranstaltungen muss wieder mit Dauerstellen abgedeckt und die Lehraufträge auf ihren ergänzenden Charakter nach dem Bayerischen Hochschulpersonalgesetz zurückgeführt werden. An Musikhochschulen soll eine Quote von maximal 25 Prozent an Lehrbeauftragten eingehalten werden.

FDP

Für eine gute Wissensvermittlung müssen die Lehrkräfte bestmöglich auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereitet sein. Das beinhaltet sowohl eine gute materielle als auch eine gute personelle Ausstattung. Die Universitäten müssen die Akteure an einen Tisch und schnelle und umsetzbare Lösungen finden. Dies ist eine elementare Aufgabe des Freistaats Bayern und muss im Staatshaushalt mit einer deutlichen Erhöhung umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit mit Initiativen wie dem bayerischen Musikrat oder kommunalen und privaten Musikschulen begrüßen wir. Dies darf aber die Verpflichtung der Staatsregierung nicht ersetzen.

Zusammenstellung: Gabriele Puffer

¹ Eine Kurzversion dieser Zusammenstellung ist in der NMZ 10/2018 abgedruckt.